

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorialstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt III, 5246. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz. Redaktionsschluß: Sonnabend.

Insertion.

Für die vierspaltige Pettizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Veretmsmitglieder sowie Veretmsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Lohnbewegung in Leipzig! Rundschau. Soziale Monatschau. Die Berechtigung der gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfe, II. Menschenopfer. — **Allgemeines:** Die Leipziger Forderungen. Streik in Höxter a. d. Weser. Der Herr A. Lichterhand. Aussetzen oder Kündigung? Gautag in Leipzig. — **Der Lithograph:** Ueber die Ausbildung der Lithographenlehrlinge. Brief aus Cassel. — **Feuilleton:** Die internationale Hygieneausstellung, III. Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**
Beilage: Adressenverzeichnis der Auskunfts-erteiler.

Bekanntmachungen.

Achtung, Formstecher!

Die Formstecher und Drucker in Dörfel bei Reichenberg in Böhmen (Firma Franz Liebig) treten in den Streik. Zuzug ist fernzuhalten.

Achtung, Rheydt und M.-Gladbach!

Die Herberge Scherenberg in M.-Gladbach, Rheydtstraße 186, ist für alle Berufe gesperrt.

Achtung, Amerika!

Lithographen werden gewarnt, hierher zu kommen, da eine außergewöhnlich große Arbeitslosigkeit vorherrscht.

Vereinigung lithographischer Arbeiter.
New York, 334 E., 84. Str., U. S. A. Labor-Temple.

Achtung, Lichtdrucker!

Infolge der Abreise des bisherigen Vorsitzenden, Kollegen Hilbig, sind künftig alle für die Zentralkommission der Lichtdrucker bestimmten Sendungen zu richten an:

Leopold Botke, Berlin N. O. 55, Jablonskistraße 11.

Lohnbewegung in Leipzig!

Durch die vorige Nummer der „Gr. Pr.“ wurde die Kollegenschaft Deutschlands bereits kurz davon unterrichtet, daß die Leipziger Lithographen und Steindrucker in einer starkbesuchten Versammlung die Einreichung von Forderungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse an die Leipziger Firmen beschlossen haben. Dieser Notiz möge heute der in Aussicht gestellte eingehende Bericht über die Einleitung dieser allgemeinen Lohnbewegung in Leipzig folgen.

Die beschlußfassende Versammlung fand am 30. August in beiden Sälen des Leipziger Volkshauses statt und verlief außerordentlich eindrucksvoll. Kollege Pfeiffer hielt das einleitende Referat. Er betonte, daß die nach dem großen Kampfe im Jahre 1906 abgeschlossenen Vereinbarungen von vielen Kollegen zunächst nicht als Fortschritte empfunden worden seien. Im Laufe der Zeit habe sich aber doch herausgestellt, daß mindestens für die Kollegen in den kleineren Städten etwas erreicht worden ist. Nur in den Großstädten waren die Erfolge gering. Die Kollegen hätten nun das Bestreben, ihre mißliche Lage zu verbessern, und die Lokalverwaltung habe geprüft, ob eine allgemeine Lohnbewegung eingeleitet werden könne. Bisher habe sie sich bei der Erörterung dieser Frage immer sagen müssen, entweder: wir sind

noch nicht stark genug, oder: die Wirtschaftskonjunktur ist einer Lohnbewegung ungünstig, die Krise wirkt noch nach. Jetzt sei aber die Geschäftslage so, daß den Leipziger Kollegen die Frage vorgelegt werden könne, ob sie gewillt seien, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Lage der Kollegen, besonders der Steindrucker, habe sich trotz der besseren Geschäftslage nicht gebessert. Zudem bestehe für die Steindrucker seit 1899 immer noch die neunstündige Arbeitszeit, trotzdem die Arbeit nicht leichter, sondern immer schwerer geworden sei. Heute seien die Formate größer und auch die Druckleistung sei gestiegen. So mache sich die Verkürzung der Arbeitszeit unbedingt notwendig. Aber ebenso notwendig sei eine Erhöhung der Löhne. Zwar seien die Löhne teilweise um 2 Mk. die Woche gestiegen, von 30 auf 32 Mk., aber diese Steigerung entspreche keineswegs den Ansprüchen des Lebens und der Steigerung aller Lebensmittel durch die famose Finanzreform und die Teuerung. Von den Durchschnittslöhnen müsse aber gesagt werden, daß sie bei einigen Kategorien sogar gesunken sind. Wir aber wollen unsere Lebenshaltung nicht senken, sondern heben. (Lebhafte Zustimmung) Der Mindestlohn für Ausgelernte, der heute noch 19,50 Mk. betrage, müsse aufgebessert werden auf mindestens 24 Mk. Notwendig sei sodann eine Aenderung der Lehrlingskala. Jetzt käme auf drei Drucker ein Lehrling. Es habe sich aber herausgestellt, daß nach beendeter Lehrzeit noch immer viele Kollegen ihren Beruf verlassen müßten, weil sie in ihm nicht unterkommen könnten. Hinzu komme der technische Fortschritt, der immer mehr Arbeitskräfte überflüssig mache. Gleich schädlich sei auch das Ueberstundenwesen, durch das in einigen Anstalten faktisch die 10stündige Arbeitszeit wieder eingeführt sei. Ebenso müsse energisch gegen die Akkord-, die Heim- und die Prämienarbeit angekämpft werden. Ein besonderes Kapitel bilde in den Forderungen die Entschädigung bei Bronzedruck. Die schweren gesundheitlichen Schädigungen, die Arbeiter und Arbeiterinnen bei dieser Arbeit erleiden, erheischen dringend einen besseren Schutz. Zwar gebe es Maschinen, die diese Arbeit verrichten könnten, aber da sie eine halbe Arbeitskraft mehr erforderten, lasse das Kapital diese Arbeit weiter mit der Hand ausführen, gleichgültig, wie viel Schaden die Arbeiter an ihrer Gesundheit nehmen. Eine weitere Forderung müsse sein, daß die Arbeit an Privatlithographien nur zu den Bedingungen vergeben werden dürfe, wie sie in den Anstalten herrschen. Der Redner besprach dann noch einige notwendige Aenderungen im bisherigen Arbeitsverhältnis, so die Gewährung von Ferien, die Anwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, die Kündigungsfristen usw., und richtete dann an die Versammlung die ernste Frage: »Ist es Euch, Kollegen, nun Ernst gewesen mit Eurem Drängen der Ortsverwaltung nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse?« Wenn ja, dann möchten sich die Versammelten vergewärtigen, daß

sie es bei einem Kampf mit dem gesamten Scharfmachertum im Gewerbe zu tun bekommen können. Scharfe Kämpfe seien also nicht ausgeschlossen, so daß jeder einzelne den ganzen Mann stellen müsse. Danach möge jeder seine Abstimmung einrichten. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Leiter der Versammlung, Kollege Herbst, erinnerte hierauf daran, daß vor 1 1/2 Jahren der Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer mit der Aussperrung drohte, um seine Zucht- hausordnung den Kollegen aufzuzwingen. An dem guten oder schlechten Willen des Schutzverbandes habe es damals nicht gelegen, wenn die Aussperrung nicht zustande kam. Der Streik in Gera zeige, wie der Schutzverband bestrebt sei, die Lebenshaltung der Kollegen herabzudrücken; dieser Kampf bilde eine schöne Illustration zu den hochtrabenden Worten des Schutzverbandes, rückständige Verhältnisse nicht schützen zu wollen. Gegen den Schutzverband müsse die Kollegenschaft eine Hebung ihrer Lage mit allen Mitteln erkämpfen. Daran haben Steindrucker wie Lithographen das gleiche Interesse. Letztere besonders müßten sich beschämt gestehen, daß ihre Arbeitsbedingungen vielfach weit schlechter seien wie die großer Kreise ungelernter Arbeiter. Die Produktion sei gestiegen, die Arbeiterzahl habe aber abgenommen. Die Kollegen litten unter allerhand Berufskrankheiten, Nervosität, Herzneurose usw. Auch die vielen Selbstmorde im Beruf seien mit auf die Arbeitsverhältnisse zurückzuführen. Wenn der Rotationsdruck stärker eingeführt werde, werde man erleben, daß ein ganz bedeutender Teil der Steindrucker brotlos werde. Die Kollegen seien also gezwungen, die günstige Gelegenheit wahrzunehmen und ihre Lage zu verbessern. Aber mit schönen Reden sei da nichts gemacht, hier heiße es für jeden einzelnen Kollegen, seinen Mann stellen und die Konsequenzen des aufzunehmenden Kampfes bis zum Ende durchzukosten und durchzukämpfen. Auch diese Ausführungen fanden brausenden Beifall und stürmische Zustimmung.

In der Diskussion, in der u. a. gewünscht wurde, für Steindrucker die 8stündige Arbeitszeit zu fordern, nahm auch Kollege Sillier das Wort. Den in der Versammlung anwesenden Spürnasen der Unternehmer sagte er, sie möchten ihren Auftraggebern mitteilen, daß der Hauptvorstand auf Grund seiner Informationen seine uneingeschränkte Zustimmung zu der Bewegung gegeben habe. (Lebhafte Beifall.) Wir haben dem Drängen der Kollegen nachgegeben und sind der Meinung, daß die Kollegen von Leipzig nun den Kampf mit allem Nachdruck aufnehmen und führen werden. Die gesamte organisierte Kollegenschaft Deutschlands wird hinter ihnen stehen. (Stürmische Zustimmung.) Die Unternehmer werden ihre Hoffnung auf die gelbe Vereinigung in Frankfurt a. M. setzen. Diese bestreite zwar ihren gelben Charakter. Aber der Unternehmervorstand zahle doch jährlich 6000 Mk. an die Kasse der Vereinigung, weil er, wie er selbst sagt, ein Interesse an deren Erhaltung hat. Diese Tatsache, für die

auch vor Gericht der Wahrheitsbeweis erbracht werden könne, möge etwaigen Mitgliedern der Unterstützungsvereinigung in Leipzig zeigen, welche Wege letztere wandle, auch wenn sie nur 800 erwachsene Mitglieder zähle. Sillier wies sodann darauf hin, daß die Arbeitszeit im Ausland bedeutend kürzer sei als in Deutschland. So betrage sie in England 51 Stunden, in der Grafschaft London 50 Stunden, in London 48 Stunden wöchentlich; in Ungarn betrage sie $8\frac{1}{2}$, in Oesterreich (ohne Böhmen), Dänemark und Finnland $8\frac{1}{2}$, in Böhmen $8\frac{3}{4}$ Stunden täglich. Wenn die Kollegen im Auslande ihre Lage verbessern wollten, dann bekämen sie von ihren Unternehmern zu hören: Sorgt erst einmal in Deutschland, das über drei Viertel der Produktion verfügt, für bessere Verhältnisse! Das sollten sich die Kollegen vor Augen halten und ihr Handeln danach einrichten.

Das Ergebnis der imposanten Versammlung war die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die am 30. August 1911 in Leipzig stattgefundenen Versammlung der Lithographen und Steindruckere stellt fest, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gewerbe fortwährend ungünstiger geworden sind, daß die sich fortentwickelnde Technik immer größere Ansprüche an den Arbeiter stellt, für die bisher eine Gegenleistung nicht zu erlangen war. Die Versammlung beschließt deshalb, eine anderweitige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anzustreben und beauftragt die Verwaltung, den Unternehmern eine entsprechende Vorlage zu zustellen und zu deren Durchführung alle erforderlichen Schritte zu unternehmen. Die Versammlung erwartet, daß im Interesse eines gedeihlichen Weiterarbeitens die Unternehmer dem berechtigten Verlangen der Arbeiter auf Besserung ihrer Lebenslage Verständnis entgegen bringen. Die Versammlung fordert die unorganisierten Kollegen auf, sich der Bewegung anzuschließen und verspricht, diese Kollegen zu unterstützen.“

Die Feststellung der Einstimmigkeit dieser Entschliebung löste lebhaften Beifall aus. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Formulierung der Forderungen, die in 79 Geschäften, in denen etwa 1500 Kollegen beschäftigt sind, eingereicht werden sollten, fand ebenfalls einmütige Zustimmung. Ihr Wortlaut wird anschließend an diesen Bericht mitgeteilt. Am 7. September soll im Volkshaus zu Leipzig eine weitere Versammlung stattfinden, um den Bericht über den Stand der Bewegung entgegenzunehmen und über weitere Maßnahmen zu beschließen. Bis dahin sollen Ueberstunden strikt verweigert werden. Mit dem Gelöbnis, die aufgenommene Bewegung mit aller Kraft und allem Nachdruck durchzuführen, erreichte die machtvolle, von etwa 2500 Personen besuchte Versammlung ihr Ende.

Es bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung mehr, daß die deutsche Kollegenschaft die Bewegung der Leipziger Lithographen und Steindruckere tatkräftig unterstützen wird. Wenn es gelingt, in der zweitgrößten Druckstadt Deutschlands die Berufsfrage zu heben und geordnete Verhältnisse zu schaffen, dann kann es nicht ohne eine fördernde Wirkung auf die Berufslage im ganzen Reiche bleiben. Daher muß die Leipziger Bewegung zu einem guten Ende geführt werden. Die Solidarität der gesamten deutschen Kollegenschaft, auch der unorganisierten, muß und wird zu einem erfolgreichen Ausgang beitragen. An den in der ersten Reihe stehenden Leipziger Kollegen wird es jedenfalls nicht fehlen. Der Geist, der die Versammlung vom 30. August beherrschte, bürgt dafür, daß sie die Aufgabe, die sie sich stellten, auch zu lösen wissen werden.

Die den Unternehmern für ermittelten Forderungen lauten wie folgt:

1. **Arbeitszeit.** Die tägliche Arbeitszeit ist für Lithographen (auch Korrekturlithographen), Kartographen und Zeichner 8 Stunden, für Steindruckere $8\frac{1}{2}$ Stunden, an Rotationsmaschinen 8 Stunden.
2. **Mindestlohn.** Der Mindestlohn beträgt wöchentlich im 1. Gehilfenjahre nicht unter 24, im 2. Gehilfenjahre nicht unter 27 Mk. Für Rotationsmaschinen-

meister im 1. Jahre der Beschäftigung an der Rotary- oder Offsetpresse nicht unter 40, dann nicht unter 45 Mk.

3. **Lehrlingsfrage.** Lehrlinge können ausgebildet werden: bis zu 5 Gehilfen 1 Lehrling, bei 6–11 Gehilfen 2 Lehrlinge, bei 12–17 Gehilfen 3 Lehrlinge und auf je weitere 8 Gehilfen 1 Lehrling mehr. Die Zählung der Gehilfen für die Lehrlingszahl geschieht in jedem Geschäft getrennt nach Lithographen und Steindruckern. Oberdrucker, Oberlithographen und Korrekturlithographen werden nicht mitgezählt. In keramischen Anstalten, in Anstalten für Autochrom- und Lichtdruck-Positiven, sowie an Rotationsmaschinen sind keine Lehrlinge zugelassen.

4. **Ueberstunden.** Regelmäßige Ueberstunden sind nicht zulässig; wöchentlich dürfen von einem Gehilfen nicht mehr als 5, jährlich nicht mehr als 80 Ueberstunden gemacht werden. Für Ueberstunden werden 25 Prozent, für Sonntagsarbeit und an Rotationsmaschinen und Offsetpressen 50 Prozent Zuschlag gezahlt. Bei 1–2 Ueberstunden wird $\frac{1}{4}$ Stunde und bei mehr als 2 Ueberstunden $\frac{1}{2}$ Stunde Pause gemacht und bezahlt. Alle an einem Tage gemachten Ueberstunden werden für die Pausen zusammengerechnet. Die Pausen müssen zwischen der regulären und der Ueberzeitarbeit liegen.

5. **Feiertagszahlung.** Die gesetzlichen und ohne Vereinbarung mit den Gehilfen angeordneten, wie die ortsüblichen Feiertage werden bezahlt. Arbeiter, die wegen Mangel an Arbeit oder aus sonstigen Gründen nicht während der vollen wöchentlichen Arbeitszeit beschäftigt haben, erhalten für diese Zeit ihren Wochenlohn.

6. **Ferien.** Allen Gehilfen wird ein Ferienurlaub von mindestens 3 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes gewährt. Der Urlaub verlängert sich jedes Jahr um einen Tag bis zu zwei Wochen.

7. **Akkord-, Heim- und Prämienarbeit.** Akkord-, Heim- und Prämienarbeit ist unzulässig.

8. **Entschädigung für Bronzedruck.** Allen mit Bronzedruck beschäftigten Druckern wird eine Extraentschädigung von 1 Mk. pro Tag gezahlt.

9. **Entschädigung nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.** Eine Ausschaltung der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (§ 616) durch Fabrikordnungen usw. ist unzulässig.

10. **Kündigungsfristen.** Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses beträgt 14 Tage; längere Kündigungsfristen sind nur bei je einem Oberdrucker und Oberlithographen zulässig.

11. **Arbeitsnachweis.** Der Arbeitsnachweis der Gehilfenorganisation wird in erster Linie in Anspruch genommen. Die Vermittlung ist unentgeltlich.

12. **Allgemeines.** Arbeit darf nur an solche Privat- lithographen gegeben werden, die diese Vereinbarung einhalten und eine Verpflichtung hierzu übernommen haben. Bestehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen, als die vorgenannten, bleiben in Kraft. Jeder Gehilfe erhält eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnzulage. Die Durchführung vorstehender Bedingungen wird beiden Parteien zur unbedingten Pflicht gemacht.

Rundschau.

Eine gewaltige Friedensdemonstration veranstaltete das Proletariat der Reichshauptstadt am vorigen Sonntag im Treptower Park. Das bürgerliche »Berl. Tagebl.« schätzt die Zahl der Demonstranten auf rund eine Viertelmillion! Von 10 Tribünen wurden kurze Ansprachen gehalten. Bei der punkt zwei Uhr durch ein Trompetensignal angekündigten Abstimmung erhoben die gewaltigen Volksmassen einmütig ihre Hände zum Friedensgelöbnis durch die begeistertste Zustimmung zu folgender Resolution: »Die am Sonntag, den 3. September im Treptower Park versammelten Männer und Frauen des arbeitenden Volkes erheben energischen Widerspruch gegen die infame Kriegshetze des Panzerplatten- und Kanonenkapitals und dessen bezahlter Agenten. Ausgehend von der Ueberzeugung, daß die ganze Kolonialpolitik nur ein Auswuchs der imperialistischen Machtemfaltung und der kapitalistischen Raubsucht ist, daß sie zur Verrohung der erobernden Völker und zur gewaltsamen Vernichtung ganzer Völkerstämme führt, daß diese Politik notwendigerweise Reibereien und Konflikte mit anderen Staaten hervorruft, bei denen die arbeitende Bevölkerung die Kosten zu tragen hat, protestieren die Versammelten gegen diese abenteuerlichen Unternehmungen. Sie verlangen auch, daß in so ernsten Fragen die Volksvertretung befragt wird. Die Versammelten erklären, daß sie all ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß ausüben werden, die Aufrechterhaltung des Völkerfriedens zu sichern. Weiter erklären die Versammelten, daß sie sich durch den von den Interessenten entfachten Kriegsrummel nicht abhalten lassen werden, bei der nächsten Reichstagswahl Abrechnung zu halten mit dem volksfeindlichen und volksausbeutenden Verhalten der jetzt herrschenden Parteien und den hinter ihnen stehenden Regierungen, indem sie mit allen Kräften für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten eintreten. Denn einzig und allein in der Sozialdemokratie finden die Interessen der arbeitenden Bevölkerung ihre Vertretung, und nur durch die Sozialdemokratie werden die Forderungen der Kultur und der Völkerfreiheit erfüllt.«

Das Tarifamt der Buchdrucker veröffentlichte kürzlich seinen Geschäftsbericht für 1910/11, aus dem folgende tatsächlichen Angaben hervorgehoben seien: Die Tarifgemeinschaft, die 1897 mit 1631 tariftreuen Firmen und 18340 Gehilfen in 469 Orten begann, umfaßt jetzt 7659 tariftreue Firmen und 64031 Gehilfen in 2158 Orten. Von den 65 bestehenden Tarif-Schiedsgerichten waren im verflossenen Geschäftsjahre 50 an der Rechtsprechung beteiligt. In der jetzt zu Ende gehenden dritten Tarifperiode hatten die Schiedsgerichte über 2970 Klagen zu verhandeln, während das Tarifamt in derselben Zeit in 401 Klagefällen als Berufungsinstanz angerufen wurde. Zur Erledigung von Beschwerden über Nichtinhaltung des Druckpreisetarifs traten sieben Ehrengerichte wiederholt zu Beratungen zusammen. In 27 Fällen lauteten die dem Tarifamt erstatteten Gutachten auf vorliegende Preisschleuderei. — Der Bericht äußert sich auch ausgiebig zu der bevorstehenden Tarifrevision. Er hebt die Bedeutung der Tarifgemeinschaft hervor und meint, »daß die Erfahrungen und Erfolge, die innerhalb unseres Gewerbes in einer nunmehr 15jährigen Tarifperiode gesammelt und erzielt worden sind, ausreichen müßten, um jeden Streit über die Zweckmäßigkeit einer Tarifgemeinschaft auszuschließen.« Sodann wird die Notwendigkeit beiderseitigen Entgegenkommens in eindringlichen Worten betont: »Das Buchdruckgewerbe hat bisher seinen Stolz darin gesetzt, sich selbst Oesetze zu schaffen und den Beweis dafür zu liefern, daß freiwillig übernommene Rechte und Pflichten wie staatlich auferlegte Gesetze zu respektieren sind; wir glauben auch nicht, daß es diesen Standpunkt aufgeben will. Dann aber müssen alle Glieder der Tarifgemeinschaft bestrebt sein, auch bei Umgestaltung dieser freiwilligen Gesetzgebung die Hand zur Verständigung zu bieten und auf einen gerechten und gesunden Ausgleich der beiderseitigen Ansprüche hinzuwirken.« — Inzwischen hat das Tarifamt auch bekanntgegeben, daß Prinzipals- und Gehilfenmitglieder des Tarifausschusses in der durch den Tarif vorgeschriebenen Weise eine Abänderung des Tarifs beantragt haben. Die Verhandlungen finden am 25. September und die folgenden Tage im »Papierhaus« in Berlin statt. Es sind hierzu eingeladen die ordentlichen Prinzipals- und Gehilfenmitglieder des Tarifausschusses, der Deutsche Buchdrucker-Verein, der Verband der Deutschen Buchdrucker, der Deutsche Verlegerverein, der Verein Deutscher Zeitungsverleger, der Verein Deutscher Schriftgießereien, der Gutenbergbund, die Redakteure der »Zeitschrift« und des »Korrespondent« und die Mitglieder des Tarifamtes.

In der Metallindustrie hat sich seit unserm letzten Bericht die Situation verschärft. Ausgleichsverhandlungen, die in Leipzig stattfanden, sind am 25. August vorläufig gescheitert. Daraufhin holten die Unternehmer sofort zu einem weiteren Schlage aus und verfügten für Dresden und Chemnitz die Aussperrung von 60 Proz. aller Metallarbeiter. 37 Firmen sollen dieser Parole gefolgt sein. Die Zahl der Ausgesperrten soll 13000 betragen; sie bleibt also hinter dem erwähnten Prozentsatz bedeutend zurück. Für eine Gesamtaussperrung in der deutschen Metallindustrie, die der Verband Thüringer Metallindustrieller beim zuständigen Unternehmerverbände beantragte, scheint aber wenig Stimmung im Unternehmerlager zu sein. In einer Ende August in Berlin abgehaltenen Versammlung von Metallindustriellen aus allen Gegenden Deutschlands sollen folgende Beschlüsse gefaßt worden sein: »Nach Kenntnisnahme des eingehenden Berichts über den Stand der Differenzen im Verbands der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig und über die am 26. August dieses Jahres zur Unterstützung des Leipziger Bezirksverbandes vorgenommenen Sympathieausperrungen durch das Kartell der sächsischen Bezirksverbände des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller beschließt der Ausschuss des Gesamtverbandes, zunächst den Verlauf der zurzeit noch schwebenden Verhandlungen abzuwarten und nach deren Abschluß Stellung zu den einzelnen Forderungen zu nehmen. Er erklärt jedoch, daß vor allem der Abschluß von Tarifverträgen und die Einführung von Mindestlöhnen unter keinen Umständen zugestanden werden dürfen. Sollten die Arbeitnehmer an diesen oder anderen, die Leistungsfähigkeit der Metallindustrie untergrabenden Forderungen festhalten, so würde der Gesamtverband geschlossen hinter den betroffenen Bezirksverbänden stehen. Ebenso beschließt der Ausschuss des Gesamtverbandes, dem Thüringer Bezirksverband seine volle Unterstützung gegen unberechtigte Forderungen der Arbeitnehmer zuteil werden zu lassen.« Wenn der Ausschuss wirklich einen solchen Beschluß gefaßt hätte, dann wäre das sehr töricht, denn es sind von seinen Mitgliedern bereits zahlreiche Tarife abgeschlossen worden und sicher werden die meisten von diesen auf den Vorteil solcher Abmachungen nicht verzichten wollen.

Der Arbeitsmarkt im Juli gestaltete sich nach Heft 8 des Reichsarbeitsblattes wie folgt: Nach den Berichten der Industrie hat sich die Lage des Arbeitsmarkts zu meist auf der Höhe des Vormonats gehalten; einige große Gewerbe, die um diese Jahreszeit ihre stille Zeit haben, weisen einen Rückgang auf. Auf dem Ruhrkohlenmarkt trat eine gewisse Abschwächung hervor, da die Aufnahmefähigkeit für Ruhrkohlen der gesteigerten Förderung, welche die große Zahl der Arbeitstage des Monats

Soziale Monatsschau.

Berlin, den 2. September 1911.

Neue Krankenkassensplittierung: Aufruf zur Gründung von Betriebskrankenkassen; Umgehung der gesetzlichen Vorschriften; Abwehrmöglichkeiten der Arbeiter.

Die »Deutsche Arbeiterzeitung« veröffentlicht in Nr. 33 einen Aufruf des »Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen«, den sie der sorgsamsten Beachtung aller Unternehmer dringlichst empfahl. Der Aufruf wurde inzwischen auch vom »Deutschen Stein-druckgewerbe«, das ja bei derartigen Sachen nicht fehlen darf, veröffentlicht. Er lautet:

»Gründet Betriebskrankenkassen! Die Reichs-versicherungsordnung gibt verschiedenartige Bestimmungen für die Errichtung neuer und für die Zulassung bestehender Betriebskrankenkassen. Neue Betriebskrankenkassen können nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung nur errichtet werden für Betriebe, in denen für die Dauer mindestens 150, in landwirtschaftlichen und Binnenschiffahrtsbetrieben mindestens 50 Versicherungspflichtige beschäftigt werden. Ferner darf durch die Errichtung der Betriebskrankenkasse der Bestand oder die Leistungsfähigkeit der allgemeinen Orts- und Landkrankenkasse nicht gefährdet werden. Bestehende Betriebskrankenkassen werden weiter zugelassen, wenn sie mindestens 100, solche für landwirtschaftliche und Binnenschiffahrtsbetriebe mindestens 50 Mitglieder haben. Die Voraussetzung, daß die allgemeinen Orts- und Landkrankenkassen durch die Betriebskrankenkassen nicht gefährdet werden, kommt hierbei nicht in Betracht. Wie diese Gegenüberstellung der gesetzlichen Bestimmungen (§ 245 und 255 der Reichsversicherungsordnung) ohne weiteres ergibt, empfiehlt es sich für alle diejenigen Betriebe die zwischen 100 und 150 Versicherungspflichtige umfassen, noch vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, was voraussichtlich nicht vor dem 1. Juli 1912 geschehen wird, Betriebskrankenkassen zu gründen, da ihnen später diese Möglichkeit überhaupt genommen ist. Aber auch für diejenigen Unternehmungen, die eine größere Zahl von versicherungspflichtigen Personen zählen, dürfte sich die baldige Gründung von Betriebskrankenkassen empfehlen, da die Zulassung dann nicht von der angegebenen Voraussetzung der Gefährdung abhängig ist. Es steht noch dahin, wie der Begriff der Gefährdung festgestellt werden wird. Auf jeden Fall ist in dieser Hinsicht große Vorsicht geboten. An dieser Stelle sei auch erwähnt, daß die in mehreren, räumlich getrennten Betriebsstätten einer Firma beschäftigten Personen in eine Betriebskrankenkasse zusammengefaßt werden können. Der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen mit dem Sitz in Essen ist zu jeder weiteren Auskunft gern bereit.

Der »Verband zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen« beschreitet hiermit einen Weg, der zur Umgehung der gesetzlichen Vorschriften der neuen Reichsversicherungsordnung führt. Er will durch die schleunige Gründung von Betriebskrankenkassen unter der Geltung des alten Krankenversicherungsgesetzes den durch die neue Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Schutz der Orts- und Landkrankenkassen wirkungslos machen. Es ist gar kein Zweifel, daß ein solches Vorgehen ungesetzlich ist und bei den Aufsichtsbehörden keinerlei Unterstützung finden darf. Aber auch die Arbeiterschaft und die Öffentlichkeit im weitesten Sinne muß gegen dieses frivole Unternehmen überstürzter Betriebskrankensgründungen aufgerufen werden, denn es ist ganz ausgeschlossen, daß bei dieser Eile, die geboten ist, um die Kasse noch vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung zu »errichten«, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kasse in ausreichender Weise sichergestellt werden kann. Die Arbeiter solcher Betriebe, deren Unternehmer in der Zeit bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung eine Betriebskrankenkasse errichten wollen, haben alle Schritte zu tun, um die Ausführung dieses Planes zu verhindern.

Nach § 64 des Krankenversicherungsgesetzes müssen bei Errichtung des Statuts einer Betriebskrankenkasse die beschäftigten Personen oder die von ihnen gewählten Vertreter angehört werden. Die Arbeiter, bzw. deren Vertreter haben hierbei Gelegenheit, ihre Gegengründe gegen die beabsichtigte Kassenerrichtung geltend zu machen, die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Gründung zu verneinen und nachzuweisen, daß durch letztere ihre Interessen geschädigt werden. Sie haben von ihren Einwänden zugleich der Aufsichtsbehörde Kenntnis zu geben. Das Statut der Betriebskrankenkasse bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde. Diese kann die Genehmigung versagen, wenn das Statut den Anforderungen des Gesetzes nicht genügt (also irgend welche gesetzliche Vorschriften nicht berücksichtigt oder die Leistungsfähigkeit der Kasse nicht ausreichend sichergestellt), oder wenn die Bestimmung über Klassen von Personen, welche der Kasse angehören sollen, mit den Bestimmungen des Statuts einer anderen Kasse in Widerspruch steht. Selbstverständlich muß die Errichtung der Kasse selbst ordnungsgemäß erfolgt sein. Die zuständige Ortskrankenkasse kann ebenfalls durch Einwendungen, insbesondere gegenüber etwaigen Mängeln des Statuts, an die höhere

Verwaltungsbehörde auf eine gründliche, nicht allzu übereilte Prüfung der Voraussetzungen für derartige Gründungen hinwirken. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß bei Anwendung aller dieser berechtigten und selbstverständlichen Schutzmaßnahmen Betriebskrankenkassen in größerer Zahl bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung die behördliche Genehmigung erhalten können. Sollte aber auch hier der Einfluß der Arbeitgeber mächtiger sein als der Wille des Gesetzgebers, dann bleibt den Arbeitern solcher Betriebe nur noch übrig, alle gewerkschaftlichen Machtmittel zur Anwendung zu bringen, um sich gegen das Aufzwingen einer Betriebskrankenkasse zu wehren. Eine solche Abwehr im Einverständnis mit den gewerkschaftlichen Instanzen rechtfertigt sich um so mehr, als das Vorgehen der Arbeitgeber, die der Parole der Zentrale der Betriebskrankenkassen folgen, die flagranteste Verletzung der Gleichberechtigung der Arbeiter enthält. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiter solcher Betriebe, für die die Errichtung einer Betriebskrankenkasse geplant ist, mit dem Tage, da ihnen diese Absicht zur Kenntnis gelangt, auch ihre gewerkschaftlichen Instanzen darüber unterrichten.

Die Berechtigung der gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfe.

II.

Profitsucht und Herrenstandpunkt des Unternehmertums.

Die Stellungnahme des Unternehmertums gegenüber den Arbeiterforderungen wird lediglich durch Profitsucht und Machtgelüste maßgebend beeinflusst. Die Intensität der Arbeit erfährt eine ständige Steigerung, das materielle und geistige Wohlbefinden der arbeitenden Klassen wird immer mehr in Mitleidenschaft gezogen oder überhaupt in Frage gestellt, aber der ihm gebührende Anteil am Arbeits-ertrage wird dem Proletariat versagt. Unternehmen es die Arbeiter, Forderungen zu erheben und ihren Forderungen wirksamen Nachdruck durch die Gewerkschaften zu verleihen, so erblicken die Unternehmer darin einen unberechtigten Eingriff in ihr Eigentum und ihre autoritären Rechte. Ergibt es sich einmal, daß bei ihrem ablehnenden Verhalten die unbegrenzte Profitsucht zu sehr in die Erscheinung tritt, so daß zu befürchten ist, die öffentliche Meinung könnte sich auf die Seite der kämpfenden Arbeiter schlagen, dann soll wieder die Autorität der Unternehmer in ihrem Betriebe gefährdet sein. Dann heißt es, die Unternehmer könnten sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben nicht von den Arbeitern diktieren lassen, sie dürften ihre Betriebe nicht der Herrschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaften ausliefern.

Um Einwände gegen die Arbeiterforderungen sind die Unternehmer nie verlegen gewesen. Einzig durch die gewerkschaftliche Organisation sind die Arbeiter in der Lage, der Profitsucht und dem Machtgelüste des Unternehmertums zum Trotz ihren gerechten Forderungen Nachdruck zu verleihen. Nach allen für die Arbeiterschaft erfolgreich benetzten Arbeitskämpfen stellen sich denn auch die ablehnenden Gründe des Unternehmertums als Scheingründe und faule Ausreden heraus. Nach allen Arbeitskämpfen stellt sich die Schuld der Scharfmacher und Arbeiterfeinde an den Kämpfen selbst heraus. Wenn die Arbeiterfeinde die Berechtigung der arbeitenden Klassen anerkennen würden, an dem Arbeitsertrage gebührenden Anteil zu nehmen, so könnte es nicht geschehen, daß selbststüchtige Profitsucht und unberechtigtes Herrenmentum Kämpfe heraufbeschwören, die mehr oder weniger eine schwere Schädigung der Allgemeinheit mit sich bringen.

Die große Bauarbeiteraussperrung war verursacht worden von Profitsucht und Herrenmentum. Bei den Schiedsgerichtsverhandlungen erkannten selbst die vermittelnden Regierungsvertreter die Berechtigung der Arbeiterforderungen an. Die den Arbeitern günstige Stellungnahme der Regierungsvertreter erschien den an den Verhandlungen beteiligten Unternehmern so ungeheuerlich, daß sie es fertig brachten, von Vergewaltigung des Unternehmertums durch die Regierungsvertreter zu zeteren. Nicht anders lagen die Dinge bei dem großen Kampf in der Schiffbauindustrie, der von den Gewerkschaften siegreich beendet wurde. In beiden Fällen hat es den Unternehmern nichts genutzt, daß sie zum Gewaltmittel der Aussperrung griffen, Profitsucht und Herrenmentum konnten sich gegenüber den gerechten Forderungen der Arbeiter nicht behaupten. Neuerdings erlitt das Machtgelüste des profitsüchtigen Unternehmertums abermals einen schmachvollen Zusammenbruch anlässlich des Kampfes der Chemnitzter Former und Gießereiarbeiter. Die mehr als schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der genannten Arbeiter erhellten gabelstocherisch eine Verbesserung. Doch Profitsucht und Herrenstandpunkt des Unternehmertums standen dem entgegen und zwangen die Arbeiter in den Kampf. Das Unternehmertum antwortete zunächst mit der Aussperrung in der Metallindustrie am Ort, dem die Generalaussperrung in der deutschen Metallindustrie folgen sollte. Aber die Schlagfertigkeit des Metallarbeiter-

ur Folge hatte, nicht ganz entsprach. Im Ober- und Niederschlesischen Kohlengebiete ließ die Beschäftigung viel zu wünschen übrig. Im mitteldeutschen Braunkohlengebiete ist die Lage infolge des fortwährenden Ausstandes unverändert. In der Textilindustrie liegen die Baumwollspinnereien sehr darnieder. Auch die Tuch- und Leinenfabrikation hatte zum Teil sehr ungünstigen Geschäftsgang. Die Maschinenindustrie, das Baugewerbe, die chemische Industrie hatten gut zu tun, und die elektrische Industrie konnte wie im Vormonate flotten Geschäftsgang berichten. Die Papierausstattung war normal beschäftigt. Der Geschäftsgang in der Tapetenindustrie war entsprechend der Jahreszeit zufriedenstellend.

Die Arbeitslosigkeit im polygraphischen Gewerbe stand im Juli nach den Mitteilungen des »Reichsarbeitsblattes« wie folgt:

Organisation	Mitglied-zahl am Monatsende	Arbeitslose am Monatsende am Ort	Arbeitslose auf der Reise	Arbeitslose am Ende Juli	Arbeitslose am Ende Juni
Buchdrucker	62457	1484	631	3,4	4,3
Buchbinder	29412	810	77	3,1	2,9
Lith. u. Steindr.	17032	582	94	4,0	3,8
Graph. Hilfsarb.	16203	205	12	1,3	1,1
Xylographen	465	28	—	6,6	3,9
Notenstecher	443	—	—	—	—
Gutenbergbund	3066	34	6	1,3	0,9
Graph. Gewerbe (christl.)	1617	13	5	1,2	1,1
Graphische Betriebe (H.-D.)	1673	5	—	0,3	0,1

Ein Gewerkschaftshaus wird nun auch in München bald errichtet werden. Dort hat sich ein Verein gebildet zu dem Zweck, die schon lange gewünschte Vereinigung der Geschäftsräume der freien Gewerkschaften und anderer Körperschaften herbeizuführen. Dieses Ziel ist seiner Verwirklichung so nahe gerückt, daß bereits Anfang 1912 mit dem Bau begonnen werden soll und wahrscheinlich schon am 1. Oktober 1912 die Münchener Arbeiterorganisationen ihren Einzug in ein ebenso imposantes wie praktisches Heim halten können. Mit Ausnahme der Buchdrucker haben sich alle eigene Bureaus besitzenden Gewerkschaften dem Verein Münchener Gewerkschaftshaus angeschlossen. Die Buchdruckereihilfsarbeiter besitzen selbst ein eigenes Grundstück und scheidet daher im vorhin von der Beteiligung aus.

Die Gewerkschafter aus Frankreich, die kürzlich Deutschland besuchten, um die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu studieren, sind nach ihrem Heimatlande mit dem festen Vorsatze zurückgekehrt, in Frankreich die deutschen Gewerkschaftsprinzipien zur Ein- und Durchführung zu bringen. Einer der Teilnehmer an der in Frage kommenden Studienfahrt faßt seine Eindrücke ungefähr in folgende Worte zusammen: »Unsere Gewerkschaftsgenossen haben soeben Deutschland entdeckt. Ganz überwiegend, einige unter ihnen — die heilseligsten — vielleicht gar ein wenig gefährdet durch den Vergleich, den sie zwischen unserem Zustande der Organisationslosigkeit und der machtvollen Organisation der deutschen Arbeiterklasse gezogen haben, sind sie zurückgekehrt. In bezug auf Organisation besteht in den Tat zwischen der französischen und deutschen Arbeiterklasse der gleiche Unterschied wie zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs, das in die Reihe der Länder dritter Klasse zurückgesunken ist, und Deutschlands, das sich auf bestem Wege befindet, auf dem Gebiete der Industrie und des Handels das erste Land der Erde zu werden. Was bedeuten unsre 400000 französischen Gewerkschafter gegenüber 2 1/2 Millionen Mitgliedern der deutschen freien Gewerkschaften? Was bedeuten denn unsre fast leeren Gewerkschaftskassen gegenüber den millionenreichen deutschen Kassen? Was sollen unsere elenden Kohlblätter (feuilles de chon) gegenüber den gewerkschaftlichen Zeitungen mit Riesenanlagen in Deutschland bedeuten? Es gibt aber etwas noch Bewunderungswürdigeres wie diese großen Mitgliederzahlen und Reichtümer; das ist die Disziplin, mit der diese ganze Arbeiterarmee voranmarschiert, und zwar zu jener Zentralisation, zu der man gezwungenermaßen kommen muß, wenn man nicht nur Schammützel, sondern Kämpfe der Massen liefern will. Gewiß sind es besondere Charaktereigenschaften, Früchte der Umgebung, wie bei uns der Geist der Kritik, der Verachtung jeder Autorität, der Geist des Spontanen, des Individualismus, des Wagemuts in Gedanken und in der Tat, und die Gesamtheit dieser guten und schlechten Eigenschaften, die unser revolutionäres Temperament ausmachen, ermöglichten uns, die Regierung Frankreichs der letzten 120 Jahre eine nach der andern mit dem Gewehrkolben davonzujagen. Aber jene Eigenschaften, die man nicht von Natur aus, nicht seit der Geburt besitzt, kann man durch Studium, durch guten Willen und praktische Anwendung sehr wohl sich aneignen, ohne befürchten zu müssen, seine ureigensten Fähigkeiten einzubüßen.« — Was französische Arbeitervertreter an unseren deutschen Gewerkschaften schätzen gelernt haben, ist jedenfalls wert, von deutschen Gewerkschaften nicht weniger hoch eingeschätzt zu werden.

verbandes war den maßgebenden Kreisen des Unternehmertums noch in frischer und unangenehmer Erinnerung; aus der Generalaussperrung wurde nichts. Der Sieg wurde den Arbeitern durch die Organisation.

Daß auch hier wieder die gewerkschaftlichen Forderungen und der gewerkschaftliche Kampf berechtigt waren, daß also auch hier die Gewerkschaften in den Kampf gezwungen wurden durch Profitsucht und Machtgelüste des Unternehmertums, mußte wiederum von bürgerlicher Seite anerkannt und zugegeben werden. Die »Soziale Praxis« schrieb zu dem Ausgang des Kampfes in der Chemnitzer Metallindustrie unter anderem:

»Glücklicherweise hat der Metallindustriellenverband sich nicht zu einer Ausdehnung der Aussperrung verleiten lassen; man wird sich aber nicht verhehlen dürfen, daß auch der ohnehin erreichte Umfang des Kampfes schon vor ritlichen Wochen vermieden werden konnte, wenn die Unternehmer damals bereits auf den jetzt eingenommenen Standpunkt getreten wären. Gerade während dieses Kampfes hat ein beträchtlicher Teil auch der Nichtarbeiter bereits seit Wochen immer wieder davor gewarnt, mit dem Feuer (d. h. der Generalaussperrung) zu spielen, und von allem Anfang an zum Frieden gemahnt.«

Also: Der Kampf hätte vermieden werden können, wenn die Unternehmer die gestellten Forderungen den Arbeitern sogleich als berechtigt zuerkannt hätten! So aber waren sie daran gehindert durch Profitsucht und Machtgelüste, durch die Scharfmacher in den Unternehmerverbänden, die es mit ihrem Herrenstandpunkt unvereinbar halten, Arbeiterforderungen entgegenzunehmen und mit den Arbeitervertretern darüber zu verhandeln. Sie wollen immer erst eines bessern belehrt werden, und dafür sorgen denn auch gründlich die Gewerkschaften.

Deshalb will ja auch das vereinigte Unternehmertum mit allen Kräften an der Vernichtung der Gewerkschaften arbeiten. Denn daß die Gewerkschaften nicht ablassen, für ihre berechtigten Forderungen und Kämpfe unermüdlich immer neue Kräfte zu sammeln und zu organisieren, das wissen die industriellen Scharfmacher nur zu gut. Sie wissen auch, daß die Gewerkschaften sich daran nicht durch die mächtigen Unternehmerorganisationen hindern lassen, denn sie kennen so gut wie die Gewerkschaften die soziale Lage der arbeitenden Klassen, die den gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfen die Berechtigung gibt. Opfer- und Kampfesmut der Gewerkschaften hat schließlich auch der damalige Generalsekretär Baack offen zu geben. Er hat seine Erfahrungen immer eindringlicher wiederholt, zuletzt in gesteigertem Maße in seiner Abschiedsrede vom Dezember 1910, nur um die Unternehmer zu immer engerem Zusammenschluß zu veranlassen.

Natürlich ist die Arbeit der Scharfmacher nur ein ganz besonderer Ansporn mehr für die Gewerkschaften, um so energischer zu rüsten. sp.

Menschenopfer.

Opfer fallen hier; weder Lamm noch Stier, aber Menschenopfer unerhört.

Im deutsch-französischen Kriege 1870/71 betrug die Gesamtzahl an Toten und Verwundeten auf deutscher Seite 116756; es wurden 1871 Offiziere und 26397 andere Soldaten getötet, 4184 Offiziere und 84304 Mannschaften verwundet. Seit dem Jahre 1888 übersteigen die Opfer an Leben und Gesundheit, die die deutsche Arbeiterklasse allein in den der Unfallversicherung unterstellten Betrieben alljährlich im tiefsten Frieden zu bringen hat, die Anzahl der im deutsch-französischen Kriege Gefallenen oder Verwundeten, seit 1900 gar allein die Ziffer der Toten und Schwerverwundeten.

Von Jahr zu Jahr nimmt fast regelmäßig die Zahl der Verunglückungen im Betriebe in einem erschreckenden Maße zu.

Wie viel Arbeiter haben seit dem Inkrafttreten der Unfallversicherungsgesetzgebung in den ihr unterstellten Betrieben das Leben eingebüßt oder Gesundheitsschäden davongetragen? Nachstehend berechnen wir diese Zahl auf Grund der alljährlichen amtlichen Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamts. Die letzte dieser Veröffentlichungen bezieht sich auf das Jahr 1909.

Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften, der Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden sowie die den Baugewerks-Berufsgenossenschaften, der Tiefbau- und der See-Berufsgenossenschaften angegliederten Versicherungsanstalten weisen nach, wie viel Unfälle in einem Jahre zur Anmeldung gelangt sind, an wie viel Verletzte oder deren Hinterbliebene in demselben Jahre zum erstmaligen Entschädigungen gezahlt wurden und wie viel durch Unfall herbeigeführte Todesfälle bei den erstmaligen Entschädigungsfällen festgestellt sind. Diese amtlichen Nachweisungen weisen folgendes grauenhafte Ergebnis auf.

Es wurden	Unfälle	als Verletzte	darunter
im Jahre	angemeldet	festgestellt	Getötete
1886	100159	10540	2716
1887	115475	17102	3270
1888	138057	21236	3692
1889	174874	31449	5260
1890	200001	42038	6047
1891	225337	51209	6428
1892	236265	55654	5911
1893	264130	62729	6336
1894	282982	69619	6361
1895	310139	75527	6448
1896	351789	86403	7101
1897	382117	92326	7416
1898	407522	98023	7948
1899	443313	106036	8124
1900	454341	107654	8567
1901	476260	117336	8501
1902	488707	121284	7975
1903	530507	129375	8370
1904	583965	137673	8752
1905	609160	141121	8928
1906	645583	139726	9141
1907	662901	144703	9815
1908	662321	142965	9856
1909	664247	139070	9363
	9410152	2140798	172362

9410152 auf dem Schlachtfelde der Arbeit Verwundete, 2140798 Schwerverwundete, einschließlich 172362 Getötete!

Grauenvolle Zahlen, die eine furchtbare Anklage gegen den Mangel an Rücksicht enthalten, die auf Arbeiterleben und Arbeitergesundheit von der herrschenden Klasse im Kampfe um den Profit genommen wird.

Und dabei bleiben die aus der Tabelle zu entnehmenden Ergebnisse noch hinter der Wirklichkeit zurück. Sie zählt nicht alle Verluste auf, die die Arbeiterklasse auf dem gesamten Gebiete des Schlachtfeldes der Arbeit an Leben und Gesundheit erlitten hat. Es ist zu beachten, daß als Verletzte in den Rechnungsergebnissen und der vorstehenden Tabelle nur die Schwerverwundeten, nämlich die gerührt sind, die mindestens über 13 Wochen teilweise oder völlig erwerbsunfähig waren. Die Entschädigungspflicht für die in den ersten 13 Wochen Geheilten — etwa 80 Proz. aller Unfälle — ist auf die Krankenkassen abgeschoben. Naturgemäß können auch insbesondere die Fälle nicht mitgezählt werden, in denen mit Unrecht ein Zusammenhang zwischen dem Unfall und der Betriebsarbeit abgelehnt wurde, ferner die große Zahl der Unfälle, die als Folge einer Berufskrankheit von den Versicherungsbehörden erachtet sind, ebensowenig die nicht unerhebliche Zahl der unangemeldet gebliebenen sowie der Unfälle, in denen es nach Ansicht der letzten Instanz dem Arbeiter nicht gelungen war, den Beweis für die Verletzung im Betriebe zu führen. Die Unfälle einer großen Anzahl Betriebe konnten, weil die Betriebe erst später der Unfallversicherung unterstellt wurden, noch nicht von 1886 ab in der Tabelle berücksichtigt werden. So konnten die Unfälle in der See- und der Tiefbau-Berufsgenossenschaft erst im Jahre 1887, die der landwirtschaftlichen Betriebe erst 1888 und ein großer Teil erst 1900 in die Unfallversicherung einbezogener Betriebe erst seit 1901 in den amtlichen Nachweisungen registriert werden. Berücksichtigt man all' dies und die Tatsache, daß noch heute eine Reihe Betriebe der Versicherung nicht unterstellt ist und deshalb die dort vorgekommenen Unfälle von dieser Statistik nicht erfaßt sind, so darf man ohne Ueberschätzung behaupten: in den 24 Jahren, vom 1. Oktober 1885 — dem Inkrafttreten des ersten Unfallgesetzes — bis einschließlich 1909, sind in Deutschland über vierzehn Millionen Arbeiter im Betriebe verletzt; von diesen sind rund drei Millionen so schwer verwundet, daß ihre Erwerbsfähigkeit auf eine Dauer von mehr als 13 Wochen beschränkt war und rund 300000 ihr Leben einbüßen mußten.

Bestimmte Zahlen für die Opfer an Menschenleben, Menschengesundheit und Menschenglück durch Unfälle auf dem gesamten Arbeitsgebiete lassen sich nicht aufstellen, sondern nur schätzen. Anders mit den oben mitgeteilten, das Gebiet der Unfallversicherung umfassenden amtlich ermittelten Zahlen.

Besonders auffallend ist die enorme Zunahme der Unfälle in den landwirtschaftlichen Betrieben. Nachstehend stellen wir getrennt die Unfälle in den gewerblichen und in den landwirtschaftlichen Betrieben zusammen.

Die Nachweisungen der gewerblichen Berufsgenossenschaften (ohne die den Ausführungsbehörden oder den Versicherungsanstalten unterstellten) veranschaulicht folgende Tabelle:

Es wurden:	Unfälle	als Verletzte	darunter
im Jahre	angemeldet	festgestellt	Getötete
1886	92319	9723	2422
1887	105897	15970	2956
1888	121164	18809	2943
1889	139549	22340	3382
1890	149188	26403	3597
1891	162674	28289	3634
1892	165003	28619	3282
1893	182120	31171	3589
1894	190744	32797	3438
1895	205019	33728	3644

Unfälle	als Verletzte	darunter	
angemeldet	festgestellt	Getötete	
1886	233319	38538	4040
1887	252382	41746	4252
1888	270907	44881	4613
1889	298918	49175	4772
1900	310105	51697	5108
1901	319576	55525	4979
1902	326566	57244	4572
1903	356200	60550	4720
1904	392658	65205	4976
1905	414445	68360	5154
1906	449903	71227	5398
1907	465224	75370	6078
1908	461091	74581	5939
1909	465768	70986	5612
	6530741	1072934	103100

Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften weisen folgende Opfer nach:

Es wurden:	Unfälle	als Verletzte	darunter
im Jahre	angemeldet	festgestellt	Getötete
1888	5102	808	354
1889	19542	6631	1368
1890	32186	12573	1877
1891	42296	19359	2153
1892	50136	23231	2026
1893	59006	27553	2142
1894	68751	32491	2261
1895	80598	37383	2213
1896	91099	42934	2363
1897	98363	45438	2474
1898	103159	47683	2598
1899	107861	51287	2608
1900	106917	50311	2662
1901	116185	55983	2751
1902	122532	57934	2672
1903	133085	62397	2893
1904	146306	66003	2976
1905	144939	66335	4907
1906	144289	61887	2872
1907	141975	62673	2843
1908	143175	61609	2980
1909	138785	61240	2942
	2096287	953743	54935

Die ungeheure große Hekatombe, die auf dem Altar des Kapitalismus hingeschlachtet wird, sollte jeden ohne Unterschied der Partei, in erster Linie die Regierungen zur Beseitigung dieses Zustandes aufpeitschen. In der Wirklichkeit sieht es anders aus. Da seitzen die Scharfmacher von »ungeheuren Lässen« der Versicherung und die Regierung führt auf Ausstellungen die hohe Summe an, die für Unfallverletzte gezahlt ist. Als ob diese Höhe, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, daß nach dem Gesetz die Entschädigung noch nicht zwei Drittel des von Verletzten wirklich erwachsenen Vermögensschadens beträgt, nicht lediglich die außerordentlich hohe Blutlast, die der Arbeiterklasse auferlegt ist, bewiese.

Weit wichtiger als Zahlung von Unfallrenten ist Verhütung von Unfällen. Da haben aber die bürgerlichen Parteien und die Regierung noch bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung jede Maßregel abgelehnt, die eine wesentliche Verminderung der Unfälle herbeiführen könnte. Ja sie haben in das Gesetz eine Maßnahme hineingeschrieben, die die Unfälle in den landwirtschaftlichen Betrieben noch zu erhöhen geeignet ist. Wer die Unfälle mindern will, muß ihre abzustellenden Ursachen bekämpfen. Dahin sind zu rechnen: die lange Arbeitszeit — auf dem landwirtschaftlichen Gebiet ist noch nicht einmal für weibliche Arbeiter eine Höchst-arbeitszeit festgelegt, wiewohl gerade weibliche Personen in erschreckend wachsendem Maße in der Landwirtschaft von Unfällen betroffen werden. Zu Maßregeln zur Senkung der Unfallgefahr gehören ferner: die Beseitigung wilder Akkordarbeit, gesetzlicher Schutz der Arbeiterorganisationen, Aufhebung der insbesondere für Preußen bestehenden Ausnahme-gesetze gegen die ländlichen Arbeiter, eine gute Schulung der Arbeiter, Beseitigung der Heranziehung und Drangsalerung schlecht geschulter ausländischer Arbeiter, Erlaß hinreichender Unfallverhütungsvorschriften, die sich auch auf die Länge der Arbeitszeit und das Lohnsystem zu erstrecken hätten, Festsetzung und Ueberwachung der Unfallverhütungsvorschriften durch von den Arbeitern gewählte Arbeitervertreter. Nicht unbedeutend ist die Unfallgefahr auch dadurch erhöht, daß die persönliche Verantwortlichkeit selbst für fahrlässig herbeigeführte Unfälle beseitigt und für Schadensersatz auf mindestens 1/3 weniger herabgesetzt ist, als der wirklich dem Arbeiter erwachsene Vermögensschaden beträgt: diese beiden Momente wirken fast wie eine Prämie auf Vermehrung der Unfälle. Das in die Reichsversicherungsordnung eingefügte Verbot an das Reichsversicherungsamt, Unfallverhütungsvorschriften für landwirtschaftliche Betriebe zu erlassen, beweist bündig, daß die Väter dieses Gesetzes den Arbeiter nicht vor Unfällen schützen wollen und den Kapitalgewinn der Unternehmer höher schätzen als Arbeiterleben und Arbeitergesundheit. (Vorwärts.)

Allgemeines.

Teil für die

gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Die Leipziger Forderungen.

Im Anschluß an den Artikel über die Bewegung der Leipziger Kollegen zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, der diese Nummer einleitet, wurden auch die Forderungen im Wortlaut mitgeteilt, die die Lithographen und Steindrucker Leipzigs den Leipziger Firmen übermitteln haben. Obwohl die 12 Punkte durchaus für sich selber sprechen, sollen doch auch an dieser Stelle — wie schon vorher von anderer Seite in der Leipziger Massenversammlung vom 30. August — zu jeder dieser Forderungen einige begründende Worte gesagt werden.

Die wichtigste Forderung verlangt die Verkürzung der Arbeitszeit für Steindrucker im allgemeinen auf $8\frac{1}{2}$ Stunden, an Rotationsmaschinen im besonderen auf 8 Stunden täglich. Sie basiert auf der Tatsache, daß die Arbeit von Jahr zu Jahr intensiver geworden ist; die Formate wurden immer größer, die geforderten Tagesauflagen immer höher und die Tätigkeit des Steindruckers immer aufreibender. Die Folgen dieser schwereren und anstrengenderen Arbeit sind nicht auszubleiben; unsere Krankheits- und Sterbefallstatistik, die in den Nummern 9 bis 11 und 15 bis 17 des laufenden Jahrgangs der »Gr. Pr.« nach allen Seiten hin beleuchtet wurde, redet eine so deutliche Sprache, daß sich ihr kein einsichtiger Mensch verschließen kann. Weil man in anderen Ländern ähnliche Erfahrungen sammelte, hat man in mehreren bereits zu einer Verkürzung der Arbeitszeit für Steindrucker unter 9 Stunden täglich gelangt. Am einsichtigersten haben sich die ungarischen Unternehmer gezeigt, die mit der Gehilfenschaft eine Arbeitszeit für Steindrucker von $8\frac{1}{4}$ Stunden täglich vereinbarten. In Amerika hat der Unternehmerverband sogar aus freien Stücken, allerdings aus eigennützligen Motiven, den Achtstundentag für Steindrucker eingeführt. In England schwankt die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit der Steindrucker zwischen 8 und $8\frac{1}{2}$ Stunden. In Dänemark, Finnland und Oesterreich wurde mit den Unternehmern die $8\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit für Steindrucker vereinbart. Der Kampf der österreichischen Organisation für die Einführung der $8\frac{1}{2}$ stündigen Arbeitszeit in Böhmen, wo die Steindrucker noch $8\frac{3}{4}$ Stunden täglich arbeiten, blieb leider erfolglos; als Argument gegen die Arbeitszeitverkürzung machten die Unternehmer geltend, daß sie dann vor der Konkurrenz der deutschen Steindruckereibesitzer wegen der bei diesen geltenden 9stündigen Arbeitszeit vollständig die Segel streichen müßten. Zur Unterstützung der Schmutzkonkurrenz auf Grund rückständiger Arbeitsverhältnisse ist die deutsche Gehilfenschaft aber doch zu gut. Aus allen diesen Gründen fordern die Leipziger Kollegen die Einführung der $8\frac{1}{2}$ stündigen Arbeitszeit für Steindrucker — die übrigens auch in Deutschland bereits in einzelnen Firmen und in mehreren kleineren Druckorten mit den Unternehmern vereinbart worden ist — und an den Rotationsmaschinen mit ihrer die Leistungen der Flachdruckpressen um das Vielfache übersteigenden Auflagenziffer die Anerkennung des Achtstundentages.

Mit der Steigerung der Leistungen, die sich besonders im Steindruck durch die ständige Vergrößerung der Auflagenziffern und der Formate für jeden Beobachter offensichtlich dartut, hielt die Steigerung des Lohnes nicht gleichen Schritt. Es wäre töricht, dies überhaupt bestreiten zu wollen; die Statistik lehrt, daß die Organisation unablässig und mit Erfolg an der Erhöhung des Lohnniveaus gearbeitet hat. Aber der Löwenanteil des Mehrertrages der Arbeit infolge der gesteigerten Arbeitsleistungen floß zweifellos in die Taschen der Unternehmer, soweit sie ihn nicht selbst durch Preisschleudereien wieder preisgegeben haben. Das zu berücksichtigen ist

aber nicht Sache der Gehilfenschaft. Diese hat nur darauf zu sehen, daß die Steigerung der Leistungen einigermaßen durch eine entsprechende Steigerung des Lohnniveaus ausgeglichen wird. Vor allen Dingen macht sich aber eine Erhöhung der Löhne dringend notwendig wegen der gewaltigen Steigerung der Kosten der Lebenshaltung, die die Zoll- und Handelsvertragspolitik, die Reichsfinanzreform und viele andere Sünden der herrschenden Klassen zur Folge hatten und unter der gerade die Arbeiter am schwersten leiden. Es hieße Eulen nach (Pleiß) Athen tragen, wenn wir über die von Jahr zu Jahr gestiegene Teuerung noch weitere Worte verlieren wollten. Sie muß auch von den Unternehmern anerkannt werden. Diese werden daher zugeben müssen, daß der von den Leipziger Kollegen geforderte Mindestlohn von 24 Mark für einen jungen, nach vierjähriger Lehrzeit ausgereiften erwachsenen Menschen und von 27 Mark für einen Gehilfen, der seine Lehrzeit bereits ein Jahr hinter sich hat, vollständig auf eigenen Füßen stehen soll und in vielen Fällen im fremden Orte und unter fremden Leuten seinem Broterwerb nachgehen muß, tatsächlich nur das Minimum dessen darstellt, was zu einer menschenwürdigen Existenz unbedingt notwendig ist. Ebensovienig werden die Unternehmer aus den genannten Gründen der Forderung einer allgemeinen, den Teuerungsverhältnissen entsprechenden Lohnzulage die Berechtigung abschreiben können. Daß für die Rotationsmaschinenmeister Mindestlöhne von 40 resp. 45 Mark gefordert werden, kann ebenfalls niemand als ungerechtfertigt bezeichnen, wenn man bedenkt, daß an die Rotationsmaschinen in der Regel nur ältere, erfahrene und außerordentlich tüchtige Drucker gestellt werden, die meist schon eine jahrelange Praxis an der Flachdruckpresse hinter sich haben; für derartige Kräfte sind die geforderten Mindestlöhne keinesfalls zu hoch. Hierzu kommt noch, daß die Arbeit an der Rotationsmaschine erhöhte Aufmerksamkeit und eine größere Anspannung der geistigen und körperlichen Kräfte des Maschinenmeisters verlangt, für die er durch eine entsprechende Normierung des Lohnes einigermaßen schadlos gehalten werden muß. Die Anerkennung einer anständigen Bezahlung der Arbeit an der Rotationsmaschine kann schließlich auch in Anbetracht ihrer gegenüber der Flachdruckpresse bedeutend höheren Ertragsfähigkeit den Unternehmern nicht schwer fallen.

Diese gesteigerte Ertragsfähigkeit der gewerblichen Arbeit, die die ständig zunehmende Zahl der Rotationsmaschinen, sowie viele andere technische Errungenschaften und Verbesserungen und nicht zuletzt die bis aufs äußerste gesteigerte Intensität der Arbeit und die rationellste Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft zur Folge haben, begründet aber auch schlagend die dritte Forderung der Leipziger Kollegen, die Regelung des Lehrlingswesens. Durch die erwähnten Umstände werden zahlreiche Arbeitskräfte freigestellt, die im Berufe nicht mehr unterkommen können, weil mit dieser gesteigerten Ertragsfähigkeit die Absatzmöglichkeit der Produkte unseres Gewerbes nicht ebenfalls gestiegen ist. Ja sie ist bekanntlich nicht nur nicht gestiegen, sondern infolge der Beschränkung des Auslandsmarktes durch die zollgesetzlichen Maßnahmen vieler Länder und der Beschränkung des Inlandsmarktes durch die Reichsfinanzreform und viele andere Umstände noch beträchtlich zurückgegangen. Diese Schwierigkeiten, unter denen das Gewerbe zu leiden hat, werden nicht nur von der Gehilfenschaft, sondern auch von den Berichten zahlreicher Handelskammern und Aktiengesellschaften und vom Organ der organisierten Steindruckereibesitzer immer wieder hervorgehoben. Da aber durch diese Schwierigkeiten die Arbeitstagezeit für die Gehilfenschaft so gewaltig eingeschränkt wurde, daß trotz der Aufgabe des Berufs und der Auswanderung zahlreicher Kollegen die Arbeitslosigkeit ständig in einem geradezu erschreckenden Umfange fort dauert, muß unbedingt der Zustrom neuer Arbeitskräfte zum

Gewerbe eingedämmt werden. Zahlreiche Schul-entlassene dürfen nicht wie bisher um 4 Jahre ihres Lebens gebracht werden, um dann der beruflichen Reservearmee der Arbeitslosen zuzufallen und schließlich zur völligen Aufgabe des unter Opfern und Entbehrungen erlernten Berufs gezwungen zu sein. Die von den Leipziger Kollegen geforderte Lehrlingskala zeigt den Weg zu einer derartigen Regelung und damit zu einer Gesundung des Berufs.

Für heute wollen wir es bei diesen Bemerkungen zu den drei ersten und wichtigsten Forderungen der Leipziger Kollegschaft bewenden lassen. Kein einsichtiger Mensch wird ihnen die Berechtigung abschreiben können. Wir hoffen daher auf eine diese berechtigten Wünsche der Gehilfenschaft erfüllende Regelung dieser Fragen. Auf die übrigen Punkte der Forderungen werden wir in einem weiteren Artikel kurz zu sprechen kommen.

Streik in Höxter a. d. Weser.

Die Lithographen und Steindrucker der Firma Serong in Höxter traten am Montag, den 4. September in den Streik, nachdem es durch das Verhalten der Firma unmöglich war, die Differenzen durch Verhandlung zu schlichten.

Mit der Firma Serong wurde in diesem Jahre ein Tarifvertrag abgeschlossen, in welchem für Gehilfen, die nicht in der Firma gelernt haben, ein Mindestlohn von 26 Mk. festgelegt war. Die Firma hatte nun verschiedentlich Kollegen mit einem niedrigeren Lohn engagiert; im Auftrage der Ortsverwaltung mußten diese Kollegen aber den tariflichen Lohn verlangen. Dieses Vorgehen der Ortsverwaltung muß der Firma wohl unangenehm gewesen sein, denn plötzlich wurde — nach vorausgegangenem Wortwechsel wegen der Auskunfts-erteilung — der Vorsitzende gekündigt. Sämtliche Kollegen erblickten in dieser Kündigung eine Maßregelung und reichten geschlossen die Kündigung ein, um gleichzeitig die Firma zu zwingen, in Zukunft den Tarif einzuhalten.

Während der Kündigungszeit ist dann wiederholt versucht worden, mit der Firma eine Einigung zu erzielen, aber vergebens. Die Firma stellte Bedingungen, auf die wir heute nicht näher eingehen wollen, die es aber organisierten Arbeitern unmöglich machten, unter solchen Umständen ihre Zustimmung zur Schlichtung der Differenzen zu geben. Unsere Kollegen waren bereit, die Kündigung zurückzunehmen, wenn die Firma Garantien gäbe, daß in Zukunft der Tarif eingehalten wird. Dies hat die Firma nicht gemacht. Wohl erklärte sie: der Tarif bleibt bestehen, doch wollte sie das Recht haben, Gehilfen unter dem Mindestlohn zu engagieren, wenn diese sich billiger anbieten. Das wir uns auf einen solchen Frieden nicht einlassen konnten, dürfte jedem Kollegen klar sein. Dies bedeutete doch, dem Unternehmer das Recht einzuräumen, den Tarif jederzeit zu brechen.

Auf Einzelheiten werden wir im nächsten Bericht ausführlicher eingehen. An die gesamte Kollegschaft richten wir das Ersuchen, uns durch Fernhaltung des Zuzuges tatkräftig zu unterstützen.

U.

Der Herr A. Luchterhand!

Lieber Leser! Weißt Du, wer Herr A. Luchterhand ist? Nein, Du kannst es nicht wissen! So vernimm es denn: Herr Luchterhand ist — euphemistisch gedacht — Bureauchef des Schutzverbandes. Herr Luchterhand treibt sein Gewerbe aber nicht nur im Bureau des Schutzverbandes, Berlin NW 6, Luisenstraße 64, nein, er betreibt es auch im Umherziehen. Ausgestattet mit reichlichen Geldmitteln seiner Auftraggeber zieht er durch die Lande und sucht im Schweiß seines Angesichts liebe Arbeitswillige für seine Gönner in Gera. Der Dienst ist schwer, die Auftraggeber sind streng. Welcher fühlende Mensch wollte es da Herrn Luchterhand, der ruhelos gleich dem ewigen Juden durch die Lande zieht, vorwerfen, wenn er sich, müde des anrührenden Gewerbes, in nächstlicher Stunde in der freundlichen Lindenstadt Leipzig mit seinem Liebchen unter die »Rosental-Tiroler« mischt? Da, lieber Leser, bist nicht unhold, und wir sind es auch nicht. Gönner wir ihm also die Erholung nach aller Drangsal, denn der Dienst ist schwer und die Auftraggeber sind streng.

Herr Luchterhand muß Arbeitswillige beschaffen und immer wieder wird ihm das edle Wild abgejagt. Der Seelenfang ist auch zu schwer. Du müßtest gesehen haben, lieber Leser, was Herr Luchterhand alles anstellt, um seinen Weisungen zu genügen; Du müßtest dem guten Manne gefolgt sein und über seine Schulter hinweg die eingegangenen Offerten gelesen haben. Selbst Detektivbureaus mußten ausgesucht werden und nun der — Erfolg. Bei solch ruhelosem Tan erwirbt man sich Eigenschaften, die — kaufmännisch gesprochen — mit Geissenheit bezeichnet werden. Auch davon besitzt Herr Luchterhand einen Teil. Nur langt

dieser nicht. Wer ließe sich wohl gleich Herrn Luchterhand telephonisch von seinem Stammsitz und aus dem Kreise seiner Seelen nach fremden Restaurationen locken? Was geschieht da nicht alles in seiner Abwesenheit! Kein Wunder, wenn dann Herr Luchterhand verstümmt wird und auf den Kreisvertreter seines Schutzverbandes allen Zorn ausgießt.

Der Dienst ist schwer und die Auftraggeber sind streng. Wir empfehlen uns indessen zur Bewachung und Überwachung des Herrn Luchterhand, wenn er seinen Wigwam wieder in Leipzig aufschlagen sollte. Wir besorgen das genau so gut wie Detektivs und obendrein kostet es nichts. Die Bewachung wird bis lange nach Mitternacht übernommen und sei es selbst im finsternen Rosental. E. Herbst.

Aussetzen oder Kündigung?

Mai, Juni, Juli und August, die schönsten Monate im Jahre, sind für manche unserer Kollegen zu den unsichersten geworden; denn über den Häuptern so mancher Kollegen schwebt in dieser Zeit mehr als je das 'Damoklesschwert' des Aussetzens. Mancher sagt sich: 'Komme ich diese oder die nächste Woche an die Reihe? Oder bin ich diesmal bei jenen Glücklichen, die vom alljährlich wiederkehrenden Aussetzen auch einmal verschont bleiben?'

Seit einigen Jahren ist es zum *Brauch* geworden, daß man eine Anzahl Kollegen vierzehntägig oder wochenweise zum Aussetzen bestimmt, während man manche gänzlich davon unberührt läßt. Besonders Steindruckerkollegen waren es im letzten Jahre, die vom Aussetzen häufiger betroffen wurden; und häufig benutzte man die Gelegenheit, um manche der früher zu viel ausgebildeten Jünger Senefelders gleich ganz los zu werden, sogar ohne den üblichen 'Arbeitsmangel' auf den Kündigungswisch zu schreiben. Das ist zugleich ein ganz probates Mittel der Einschüchterung, wenn der einzelne nicht gutwillig mit dem Aussetzen einverstanden ist.

Dieses Einschüchterungsmittel wirkt so gut, daß sich mancher Kollege — angeblich — gleich *freiwillig* zum Aussetzen meldet, um nicht erst dazu bestimmt zu werden, wie andere Kollegen. Wie dem auch sei: die Unternehmer stellen sich bei dem Brauche des Aussetzens auf den Standpunkt, daß es das Beste sei, und sie scheinen auch keine Lust zu haben, davon wieder abzukommen, so lange es sich die *gesamte* Gehilfschaft eben gefallen läßt.

Manche der Kollegen, die aussetzen müssen, und auch manche, die stets davon verschont bleiben, scheinen es sich gar nicht zu überlegen, daß erstere durch das Aussetzen so nach und nach ausgeteuert werden können und daß sie, wenn sie später doch noch gekündigt werden, dann *keine Unterstützung mehr vom Verband bekommen*.

Die Prinzipale sind beim Aussetzen die Schläuen; denn sie kriegen die Arbeiten bei der niemals fehlenden Antreiberei ja auch angefertigt, während sich ein Teil der Arbeiter 'sonnen' kann, und der Verband bezahlt.

Es ist also dieses Jahr schon mit dem Aussetzen so weit gekommen, daß man jeden beliebigen Wochentag Arbeiter zum Aussetzen heimgeschickt hat, während dieses in früheren Jahren wenigstens nur am Zahltag geschehen ist. Man sieht, der Appetit kommt auch hier beim Essen, und wenn die *gesamten* Arbeiter sich das so weiter gefallen lassen, wird man sie schließlich noch jede beliebige Stunde von der Arbeit heim schicken und sie auch jede beliebige Stunde eventuell wieder einstellen.

Meines Erachtens sollten lieber *alle Kollegen, die Aussetzen sollen*, ihr Recht auf die reguläre Kündigung betonen. Dann würde es nicht lange dauern, bis die Prinzipale den Kürzeren ziehen, mit dem Aussetzen brechen und lieber bezahlte Ferien geben würden. S.

Gautag in Leipzig.

Der Gau Leipzig hielt am 20. August im Volkshaus zu Leipzig einen Gautag ab. Vertreten waren 27 Mitgliedschaften durch 41 Delegierte. Nicht vertreten waren die Orte Eilenburg und Nordhausen. Vom Gauvorstand waren die Kollegen Herbst und Pfeiffer und vom Hauptvorstand der Kollege Hänlein anwesend. Nach den Begrüßungsworten des Kollegen Pfeiffer eröffnete Kollege Herbst um 9 1/2 Uhr den Gautag. Die hierauf vorgenommene Bureauwahl hatte folgendes Ergebnis: Herbst-Leipzig, 1. Vorsitzender; Meier-Durat-Saalfeld, 2. Vorsitzender; Sinsel-Dessau, 1. Schriftführer; Windau-Zeitz, 2. Schriftführer.

Zu Punkt 1: *Bericht des Gauvorstandes*, führte Kollege Herbst zunächst aus, daß einige Beschlüsse und Resolutionen des vorigjährigen Gautages zu Weimar nicht die genügende Beachtung gefunden resp. den erwünschten Erfolg gebracht haben. Zur Besserung sei nötig, daß die für den Gauarbeitsnachweis bestimmten Mitteilungen in Zukunft pünktlicher und gewissenhafter gemacht werden. Dem Beschluß, wonach der Gauvorstand in allen Angelegenheiten erste Instanz ist, muß mehr noch wie bisher Rechnung getragen werden. Zur Resolution Sinsel, betreffend den Boykott der Packungen der Firma C. F. Leonhard-Crossen, empfehle er vor-

läufig die Sammlung von Beweismaterial, um so die Großeinkaufsgesellschaft geneigter zu machen für Unterstützung in unserem Kampfe gegen diese Firma. Aus dem schriftlich vorliegenden Bericht geht weiter hervor, daß auch im Berichtsjahre wieder einige Fortschritte in beruflicher Hinsicht zu verzeichnen sind. In seinen mündlichen Ergänzungen zum Bericht monierte Herbst die mitunter mangelhafte Mitarbeit einzelner Mitgliedschaftsvorstände, namentlich bei der Aufstellung von Statistiken aller Art. Mit mehr Nachdruck müsse gemäß dem Hamburger Generalversammlungsbeschlusse für die Durchführung der Abmachungen mit dem Schutzverband vom Jahre 1906 eingetreten werden. Der Streik in Gera beweist dies zur Evidenz. Mit seltener Heftigkeit wird dort gekämpft und alle Register werden gezogen, um die Arbeiterschaft niederzuhalten. Staatsanwalt, Polizei und Spießbürger sind auch hier wie immer auf der Seite der Arbeiterfeinde zu finden. Der berüchtigte § 153 G. O. hat auch bereits seine Opfer gefordert. Ein schutzverbändlerisches Bureau zur Anwerbung von Streikbrechern vermochte bisher ebenso wenig wie die angebotenen Bestechungsgelder den Kampfesmut und die Solidarität unserer Kollegen zu brechen. Der Geraer Streik läßt die Vertragstreue des Schutzverbandes in eigenartiger Beleuchtung erscheinen. Die Maßnahmen der Leipziger Lithographen betreffs Abschaffung der Akkord- und Prämienarbeit und die Beschlüsse hierzu sind dem Schutzverband ganz besonders auf die Nerven gefallen; beiderseitige Korrespondenzen dieserhalb verliefen bisher resultatlos. Zum Stand der Lehrlingsabteilung im Gau führte Herbst aus, daß es in Zukunft damit noch bedeutend besser werden müsse. Er wies darauf hin, wie sehr uns doch gerade das Vorgehen der Unternehmer *aller* Berufe gegen diesen Bestandteil unserer Organisation die Furcht vor der Abtötung verrät und ihre große Bedeutsamkeit für uns klar vor Augen führt. Herbst bemängelt weiter, daß es noch Mitgliedschaften gibt, die nicht den örtlichen Kartellen angehören. Das ist ein ungesunder Zustand, der völlig ausgegert werden muß. Auch ist es noch mangelhaft bestellt um die politische Organisation der Gesellschaft. Wirtschaftliche Errungenschaften gesetzlich zu sichern und festzulegen bedingt politische Betätigung und Organisation. — Auch der Kassenbericht lag gedruckt vor. Herbst wies darauf hin, daß im Interesse gesunder Finanzen unnötige Geldausgaben der einzelnen Mitgliedschaften zu unterlassen sind. — In der Diskussion wurden die Anregungen des Kollegen Herbst zur Crossener Angelegenheit gut geheißen. Kompetenzfragen, die aufgerollt wurden bezüglich des Weimarer Beschlusses, daß der Gauvorstand erste Instanz in allen Angelegenheiten ist, wurden unter Hinweis auf den bestehenden Beschluß und auf praktische, gute Erfahrungen und Tatsachen als zu Unrecht bestehend zurückgewiesen; die Autonomie solcher Berufe, die im tariflichen Arbeitsverhältnis stehen, wie Chemigraphen und Lichtdrucker, darf durch diesen Beschluß keinerlei Beeinträchtigung erfahren. Allgemein scharf verurteilt wurde die skrupellose Lehrlingszüchterei einer ganzen Anzahl Firmen im Gau. Mehr wie bisher müsse die Öffentlichkeit, die Presse, in Anspruch genommen werden, um erfolgreich gegen die Lehrlingszüchterei ankämpfen zu können; gleichzeitig müsse auch der letzte Lehrling für die Lehrlingsabteilung gewonnen werden. Die Lehrlingsabteilung sei noch mehr auszubauen, um die jungen Leute mehr an uns zu fesseln. Bei der Aufstellung von Statistiken seien oft Schwierigkeiten, hervorgerufen durch die Laubheit und Interesslosigkeit einiger Vertrauensleute, vorhanden. Mehr Eifer und Pflichtgefühl tue auch hier not. Gebührende Kritik erfuhre das System der Unternehmer, möglichst junge Kollegen einzustellen, um so die Löhne niedrig zu halten. Der Arbeitsnachweis hat einige Mängel, um deren Abschaffung sich der Gauvorstand verdient machen soll. — Nach dem Revisionsbericht wurde der Gauvorstand entlastet.

Zu Punkt 2: *Die Situation im Gewerbe*, führte Kollege Herbst als Referent folgendes aus: Die Vergangenheit hat uns eine Masse Erfahrungen gebracht, aus denen wir unsere Nutzenwendung für die Zukunft ziehen müssen. Die Ungunst der Verhältnisse im Allgemeinen, namentlich aber die auf unserem Berufe besonders schwer lastende wirtschaftliche Krise ließen Ersprießliches nicht zustande kommen. Die Ausdehnungsmöglichkeiten der Lithographie sowohl wie des Lichtdruckes sind äußerst beschränkt. Die zoll- und steuerpolitischen Maßnahmen unserer Regierung verbunden mit dem unaufhaltsamen technischen Fortschritt führten zu Produktionseinschränkungen. Die Zahl speziell der arbeitslosen Lithographen und Steindruckers stieg infolgedessen gewaltig, die Löhne stagnierten oder gingen gar zurück. Diese Scharte auszuwetzen muß jetzt beim Anziehen der Konjunktur unsere nächste und wichtigste Aufgabe sein. Die Unternehmer, die auch die Krise zu fühlen bekommen, suchen sich jetzt bei besserer Konjunktur schadlos zu halten. Das erfordert unser doppeltes Augenmerk. Die fortgeschrittenen Technik läßt es weiter geboten erscheinen, nicht mehr unter den alten Bedingungen zu arbeiten. Als Land mit der stärksten Produktion sind wir sowohl dem Ausland gegenüber als auch moralisch und materiell verpflichtet, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzustreben. Die Lehrlingsfrage, eine Lebensfrage, drängt weiter dazu. Das Überstundenwesen muß auf das äußerste eingeschränkt, die

Feiertagsbezahlung generell eingeführt, der Unille des Aussetzens entschieden gesteuert werden, um die Ausschaltung der Kündigungsfrist durch die Unternehmer illusorisch zu machen. Ferien sind anzustreben, doch darf nicht nachher durch gesteigerte Intensität der durch die Ferien hervorgerufene Ausfall an Arbeiterzeugnissen weit gemacht werden. Eine Selbstverständlichkeit ist die Abschaffung von Akkord- und Prämienarbeit. Die Gefahren, die der Bronzedruck in hygienischer Beziehung mit sich bringt, rechtfertigen eine Sonderentschädigung. Die nach § 616 B. G. B. zu entrichtende Zeit muß weit über 3 Stunden hinaus ausgedehnt werden. Lange Kündigungsfristen sind im Interesse unserer Schlagfertigkeit möglichst abzuschaffen, zum mindesten ist eine einheitliche 14 tägige Frist zu fordern. Ein billiges Verlangen ist, daß die arbeitvergebenden Firmen nur solche Privatlithographen beschäftigen, die die Gewerkschaft und ihre Tarife anerkennen. Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen stehen in keinem Verhältnis mehr zu dem verteuerten Lebensunterhalt. Der Referent verbreitete sich noch über die Zweckmäßigkeit von Lokaltarifen im Gegensatz zu Zentraltarifen und betonte, daß die Kämpfe um all diese Forderungen bei dem außerordentlichen *sozialen Verständnis* des Unternehmeriums im Steindruckergewerbe schwer und erbittert sein werden. Unsere gewerkschaftliche Erziehungsarbeit aber hat uns gestählt, sie wird uns auch die wohlverdienten Früchte bringen. — Die rege Diskussion bewegte sich ganz im Sinne des Referates. Allgemein war man der Ansicht, daß es nachgerade zur Notwendigkeit geworden ist, für eine durchgreifende Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu wirken. Kollege Pfeiffer-Leipzig führte aus, daß die Bewegung vom Jahre 1906 mehr Erfolge für die kleineren Druckorte gebracht habe, während in den größeren die Mindestforderungen von 1906 zum Teil schon gültige Norm waren. Die wirtschaftliche Krise in Verbindung mit unserer Kassenlage haben die wirksame Arbeit für die Hebung der Verhältnisse außerordentlich erschwert; um so mehr aber ist sie jetzt durch die Gestaltung der Berufsverhältnisse zur moralischen Pflicht geworden. Auch in Leipzig steht man jetzt im Gegensatz zu früher nicht mehr auf dem Boden der Zentraltarife. Muß es doch bedenklich erscheinen, daß über Nacht aus den einst so tariffeindlichen Unternehmern tariffreundliche geworden sind. Kollege Pfeiffer besprach noch die vermuthlichen Maßnahmen des Schutzverbandes und versicherte, daß uns diese nicht unvorbereitet antreffen werden. — In seinem Schlußwort ermahnte Kollege Herbst nochmals zu eiserner Disziplin und strenger Solidarität, um so dem Schutzverbande als Achtung gebietender Faktor gegenüberstehen zu können.

Punkt 3: *Anträge zum Gautag*, fand seine Erledigung dadurch, daß die meisten Anträge zurückgezogen wurden. Sie betrafen den inneren und äußeren Ausbau unserer Organisation und waren somit durch Punkt 2 der Tagesordnung erledigt. Abgelehrt wurde ein Antrag Reichenbach, der an Stelle von Kopfextrasteuern die Stafteextrasteuer verlangte.

Unter Punkt 4: *Verschiedenes*, wurden zunächst einige interne und Verwaltungsangelegenheiten zur Sprache gebracht und geregelt. — Kollege Hänlein-Berlin forderte die Delegierten auf, energischer noch wie bisher für die Organisation der Photographen tätig zu sein. Eins unserer wichtigsten Kampfmittel, das Auskunftsartensystem, erfordert in Anbetracht der ersten Zeit die genaueste Beachtung und strikteste Durchführung. — Kollege Rich. Schnetter-Coburg brachte folgende Resolution ein: 'In Anbetracht dessen, daß der Klassenkampf des Proletariats, soll er zu dem erstrebten Ziele führen, eine innige Verbindung und ein ideales Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften zur Voraussetzung haben muß, bedauert es der Gautag in Leipzig, daß die Delegierten des Verbandes auf dem Gewerkschaftskongreß in Dresden den Anträgen nicht zustimmten, nach denen Leute, die der soz. Partei nicht angehören, auch an der Gewerkschaftsschule keinen Unterricht in der Volkswirtschaftslehre erteilen sollen; zu Lehrern wie Calwer und Bernhard kann man kein Vertrauen haben. Der Gautag bedauert weiter, daß der Gewerkschaftskongreß die gehässige Kampfweise des Korrespondenzblattes gegen den Genossen Pannekoek für gut erklärt hat und unsere Delegierten durch Stillschweigen ihre Zustimmung gaben. Bezüglich der Besprechung des Gewerkschaftskongresses wünscht der Gautag, daß in Zukunft nicht mehr einzelne Gauen die Delegierten wählen, sondern daß mehrere Gauen zu einem Wahlkreise zusammengelegt werden, wodurch es dann ermöglicht wird, daß jedes Mitglied sein Veto abgibt.' Den Ausführungen der Befürworter der Resolution widersprach ein Teil der Delegierten. Die Kompetenz des Gautages zu dieser Angelegenheit wurde bezweifelt. Nach längerer Debatte wurde auf Antrag des Kollegen Bächner-Leipzig getrennt in 3 Teilen über die Resolution abgestimmt. Der 1. Teil wurde mit 16 gegen 11 Stimmen angenommen, der 2. Teil mit 16 gegen 10 Stimmen abgelehnt und der 3. Teil einstimmig angenommen.

Mit der Aufforderung, nicht zu erlahmen in der Kleinarbeit sowohl wie im Kampfe, schloß Kollege Herbst den Gautag um 7 1/4 Uhr. L. S.

Anmerkung. Zum ersten (angenommenen) Teil der unter dem 4. Punkt erwähnten Resolution sei bemerkt, daß für einen in der gleichen Richtung laufenden Antrag zum Drederer Gewerkschaftskongreß

kranken und siechen Arbeiter befinden, daß die infolge der Arbeitslosigkeit noch bedeutend gesteigerte Unterernährung der Arbeiter noch schneller dem Tode entgegenführt, geniert die Ausstellungsleitung nicht im geringsten. Der Teufel soll solche Statistiken holen, die jede Lebenskenntnis vermissen lassen!

Doch weiter! Eine figurliche Darstellung informiert über die Herkunft der deutschen Soldaten: Setzt man den Durchschnitt der militärtauglichen Söhne, die eine bestimmte Anzahl erwachsener Männer liefert, gleich 20, so stellen sich die Verhältnisziffern der einzelnen Berufe wie folgt:

Land- und Forstwirtschaft	24
Freiluft, Bergbau und Salinenwesen	23
Textilindustrie	13
Hüttenwesen	11
Anderer Berufe, Lehrer und Beamte	18
Rentner und Pensionäre	15

Nur die erstgenannten zwei Berufsgruppen liefern also mehr Soldaten, als die durchschnittliche Zahl beträgt. Die Ausstellungsleitung erklärt das so: »Wenngleich einzelne Berufe sich aus besonders kräftigen Leuten zusammensetzen und andere wieder aus schwächlichen, so ist der Einfluß der Berufsarbeit von Wichtigkeit. Die schweren Berufe sind aber im allgemeinen gesünder als die leichten, sogar die Rentner, deren Söhne doch gute Pflege genießen können.« Das ist der Gipfel. Es gibt also nichts gesünderes als recht schwere Arbeit. Zwar gerade der schwerste Beruf, das Hüttenwesen, stellt nur ca. 50 Proz. des Durchschnitts an Soldaten, das kommentiert die Ausstellung natürlich nicht. Glücklicher Proletar! Je schwerer du arbeiten mußt, umso besser. Es fehlt nur noch, daß die armen Rentner bedauert werden ihrer gesundheitsschädlichen Tätigkeit halber. »Und ist es Wahnsinn, hat es doch Methode«, so ähnlich sagt ein Klassiker. Die Binsenwahrheit, daß die ärmere Bevölkerung bedeutend kinderreicher ist als die besitzenden Klassen, ist der Ausstellungsleitung scheinbar unbekannt. Selbstverständlich müssen aus kinderreichen Bevölkerungsgruppen mehr Soldaten hervorgehen als aus Kreisen, die meist das Zweikindersystem längst eingeführt haben. Jeder Mensch weiß z. B., daß der Gesamtdurchschnitt der militärtauglichen Söhne, den das deutsche Volk liefert, bedeutend höher ist als der Frankreichs, weil dort die auf eine Familie durchschnittlich entfallende Kinderzahl um die Hälfte niedriger ist als bei uns. Kann man daraus beweisen, das französische Volk ist deshalb um soviel Prozent gesünder als das deutsche? Doch was kümmert das die Ausstellung, sie will »wissenschaftlich« beweisen, die schwere Arbeit ist gesünder, und da kommt es auf etwas mehr oder weniger Vergewaltigung der Dame Statistik nicht an. Wen trifft die Schuld an Unfällen? Die Ausstellungsleitung teilt es uns mit:

	in gewerblich. Betrieben	in landw. Betrieben
1897 waren vermeidbar	57,18 %	66,99 %
verschuldet durch Unternehmer	17,18	18,—
„ „ Arbeiter	30,—	24,99
„ „ beider Schuld	10,—	24,—

•Kein Wunder, bei den hohen Renten, die der Arbeiter bekommt. Die sind der Anreiz, Unglücke mit Absicht herbeizuführen, um bald ein schönes Leben als Rentner führen zu können. Diese Ausführungen machte ein satter und fetter Protz, der sich gleichzeitig mit mir diese Statistiken betrachtete.

Wir alle kennen die wahre Ursache der zahlreichen, angeblich durch Arbeiter verschuldeten Unfälle. Wir wissen, wie die Akkordpreise auf das Äußerste gedrückt werden, daß ein Hasten und Treiben in Fabrik und Werkstatt eingesetzt hat. Antreiber, Vorarbeiter sind im Ueberfluß vorhanden. Da ist der Arbeiter oft geradezu gezwungen, die aller-nötigste Vorsicht außeracht zu lassen, nur um einen halbwegs auskömmlichen Lohn zu verdienen.

Beruf und Arbeit! Wie die Fabriksäle sein sollen, wir sehen es in dieser Abteilung; wie sie in Wirklichkeit sind, davon keine Spur. Wir sehen Maschinen zur Absaugung von Staub und Spänen, gewaltige Ventilatoren zur Erzeugung reiner, bakterienarmer Luft. Besonders erwähnenswert ist ein Riesenventilator »Jakobine«. Es ist eine große Wasserzerstäubungsanlage, der die ausstellende Firma nachrühmt: »Reinigt die Luft von Staub, kühlt oder erwärmt die Luft, befeuchtet dieselbe zum Wohle der arbeitenden Menschheit.« Verschiedene bakteriologische Untersuchungen werden mitgeteilt: »In der freien Luft wurden einer Röhre 3400 Kubikzentimeter Luft in 6 Minuten zugeführt; zur Entwicklung kamen 49 Bakterien und 165 Schimmelpilze. In 3680 Kubikzentimeter durch den Apparat in 2 Minuten gegangene Luft kamen nur 2 Bakterien zur Entwicklung.« Ich erkundigte mich nach dem Preise: Für einen Fabrik-saal von ca. 80 Arbeitern kostet die Anlage ungefähr 20000 Mark. Abgesehen von dem vielen Platze, den die Aufstellung erfordert. Soviel ist allerdings dem Unternehmer die Gesundheit der Arbeiter nicht wert. Kranke Arbeiter werden entlassen, das ist billiger und die schöne »Jakobine« wird wohl noch lange Zeit in der Hauptsache Ausstellungsobjekt bleiben.

Es wird mir wohl erlassen, mich über die »Wohlfahrtseinrichtungen«, über die Arbeiterkolonien vieler großer Fabriken zu verbreiten. Eine Fülle dieser Sachen ist hier zu finden. Die kleinen Pappmodelle der Arbeiterwohnhäuser sehen ganz niedlich aus. Doch wir kennen alle den Rummel. Wir wissen, wie diese »Wohlfahrtseinrichtungen« der Unternehmer zu bewerten sind. Die Mietskontrakte, die der Arbeiter unterschreiben muß, sind natürlich nicht ausgestellt. Nicht erfahren wir auf der Ausstellung, daß der Arbeiter gezwungen ist, die schöne Wohnung sofort zu räumen, sobald er sich erdreistet, in den Streik zu treten. Fesseln für die Arbeiter sind diese Sorte von »Wohltaten«, bestimmt, die Arbeiter zu willenlosen Sklaven der Firma zu machen.

Im wissenschaftlichen Teile dieser Halle werden die Berufsgefahren der Arbeit vorgeführt. Vorzüglich sind die Darstellungen von Professor Sommerfeld, des Lehrers an der Gewerkschaftsschule. In klaren Ausführungen durch Beispiele illustriert werden hier die Gefahren vieler Berufe und die Einrichtungen, welche die gesundheitsschädliche Wirkung der Arbeit zu beseitigen bestimmt sind.

Das Frankfurter Institut für Gewerbehygiene und das bayerische Arbeitermuseum zeigen das traurige Kapitel der Berufskrankheiten. Besonders die Sammlung Arbeiterhände schildert an naturgetreuen Wachsnachbildungen die verschiedenen beruflichen Verletzungen und Verunstaltungen. Wir sehen die Hand einer Wollsortiererin, durch Flechten entstell. Brandige Entzündungen, schwarige Blasen, erzeugt durch Arbeiten mit Steinkohlenteer. Unabwaschbar dringt der Kohlenstaub dem Arbeiter in

die Poren der Haut. Furchbar entstell durch Tuberkulose ist die Hand des Leichendieneren. Eine Schlächterhand zeigt warzenartige Hauttuberkulose. Die Tischlerhand, die mit denaturiertem Spiritus arbeitet, ist gefurcht von tiefen, blutigen Rissen. Schreckliche Darstellungen, von denen nur ein kleiner Teil hier angeführt sei. Die Ausstellungsleitung versteht auch hier wieder, den Arbeiter über eine gefährliche Arbeit zu trösten. Sie erklärt auf einer großen, protzig in der Mitte der Abteilung hängenden Tafel: »Zur gerechten Beurteilung der vielfach übertriebenen Klagen über die Gefährdung der Arbeiter durch die Fabriken ist stets zu bedenken, daß auch alle andern Berufe ihre speziellen Gefahren haben. Man denke v. a. an die Krankheiten durch die sitzende Lebensweise der Beamten, Gelehrten etc., an die Ueberanstrengung der Stimme bei Rednern, Sängern, Offizieren, an die permanente geistige Ueberanstrengung vieler höherer Berufe. Gewiß ist noch viel zu tun zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, aber viel ist schon geschehen.« Kommentar überflüssig! Diese Erklärung gab mir den R'st, ich wandte mich weg von dieser menschenfreundlichen, wahrheitsliebenden Stätte, in der so hinweggegangen wird über all das erschütternde Elend, das die ausgestellten Präparate erweisen.

Und so was hat es gewagt, die Ausstellung der Heimarbeit durch die Gewerkschaften aus Gründen der »Objektivität« fernzuhalten, solche Gesellschaften verdächtigte unsere Arbeiterorganisationen »stendenzloser Ausstellung«. Pfuui Teufel!

Vom Büchertisch.

Arbeiter-Jugend. Organ für die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen. 3. Jahrg., Nr. 16 und 17. Verlag: Fr. Ebert (Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands). Preis pro Heft (16 Seiten 49) 10 Pf., Vierteljahrespreis 50 Pf.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. 15. Jahrg., Nr. 32 bis 34. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis pro Heft (24 Seiten 89) 10 Pf., Vierteljahrespreis 1,20 Mk.

Geschichte der Revolutionen vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution von A. Conrady. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. In Lieferungen à 20 Pf., Gesamtpreis 10 Mk. Heft 42 bis 44. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 68.

Führer durch die deutsche Reichsversicherungordnung. Bearbeitet von Otto Mylan, Arbeitsekretär in Leipzig. Verlag von A. Günther, Leipzig-R., Melanchtonstr. 6. 160 Seiten 80. Preis 1 Mk.

Der in der Praxis stehende Verfasser behandelt und erläutert in klarer Weise alles, was für die Arbeiterschaft von dem neuen Gesetz zu wissen notwendig ist, sodaß sein Buch nur empfohlen werden kann.

Illustrierter Neue Welt-Kalender für das Jahr 1912. 36. Jahrgang. Verlag von Auer & Co., Hamburg. 80 Seiten 40. Mit vier Bildern, einem Wandkalender und zahlreichen Illustrationen. Preis 40 Pf.

Alle Zuschriften

und Geldsendungen, die Insertion betreffend, sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

■ ■ Stellenangebote ■ ■

Retuscheure

tüchtig im Fach, sofort gesucht. [210] Meisenbach Riffarth & Co., Berlin-Schöneberg.

Suchen zu möglichst sofortigem Antritt **einige tüchtige Drei- und Vierfarbenätzer.**

Offerten mit Proben und Angabe der Lohnansprüche erbeten. [350]

J. G. Schelter & Giesecke, Reproduktionsanstalt, Leipzig, Brüderstrasse 26.

300] **Tüchtige Farbätzer**

werden gesucht. Oscar Consée, München V.

Kupferdrucker

für einfarbig und bunt, gute Radierungsdrucker werden bevorzugt, sucht 3 00] Carl Sabo, Berlin SW., Wilhelmstr. 133.

Reprodukt. - Photograph

durchaus tüchtig und selbständig arbeitend, sofort gesucht. [150] F. Neuburg & Wilms, Hamburg.

Gesucht Einleger

oder **Einlegerin**

für lithogr. Schnellpressen und Buchdruckpressen, ebenso ein

Einleger

für Lackiermaschine. Offerten m. Lohnansprüchen, Zeugnisabschr. und wann Eintritt erfolgen kann, an [510] C. Müller, Papierwarenfabrik, Konstanz (Baden).

tüchtig. Nachschneider

für Auto und Strich gegen hohen Lohn und angenehme Stellung. [180] Brunotte & Keese, Düsseldorf.

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-druck, Photochemische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekte frei. Kunstgewerbeschule Barmen

■ ■ Stellengesuche ■ ■

Junger Drucker

sucht sofort Stellung. Auto und Strich. In- od. Ausland. Offerten an **Jurianus Blocher, Braunschweig, Kastanienallee 69a, p. Adr. Herrn Bode.** [90]

■ ■ Verschiedenes ■ ■

120 Eine gute **Brennmaschine** franz. nebst Zubehör ist billig zu verkaufen. **A. Zimmermann, Köln, Zugweg 24.**



Die be- **sten Spritzapparate** liefert **Leipziger Tangler-Manier, Alexander Grube, Leipzig 4, Talstr.**

165] **„Matt-Lack“**

Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,— gegen Nachnahme. **F. Hantke, Maschineameister, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60.**

1 Massanzug 16 M. Md. Dess. Must. H. Eg. Gruener, Rathow

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf. **Der Aluminiumdruck (Algraphie).** Von K. Wellandt. Preis inkl. Porto 85 Pf. **Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.** Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf. **Senefelders Lehrbuch der Lithographie und des Steindruckes vom Jahre 1821.** Preis inkl. Porto für Verbandsmitglieder 4,50 Mk., sonst 7,50 Mk. Zu beziehen durch **Conr. Müller, Schkeuditz**

■ ■ **Verbandsnachrichten** ■ ■

Achtung! Aschersleben Kassierer und R.-U.-Auszahler **Bruno Teichgräber, Georgstr. 5, 75] Die Ortsverwaltung.**